

KINDERSCHUTZ

GEHT UNS ALLE AN!



**HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUM
BUNDESKINDERSCHUTZGESETZ**

**HINWEISE ZUR UMSETZUNG DER
VEREINBARUNGEN NACH §§ 8A UND 72A**

SOZIALGESETZBUCH VIII

KINDER- UND JUGENDHILFEGESETZ



Sehr geehrte Ehren- und Hauptamtliche
in der Kinder- und Jugendarbeit,

die Rechte der Kinder und Jugendlichen liegen uns allen sehr am Herzen. Unsere Kinder und Jugendlichen sollen gesund aufwachsen. Dazu gehört nicht nur gesunde und ausreichende Ernährung, sondern unter anderem auch der Schutz vor Ausbeutung, Gewalt und sexuellem Missbrauch. Um das Recht der Kinder und Jugendlichen zu stärken, beziehungsweise deren Schutz zu erhöhen, hat der Gesetzgeber das Bundeskinderschutzgesetz erlassen. Im Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilferecht finden sich Regelungen, wie Kinder und Jugendlichen geschützt werden können. Der Landkreis Lörrach als öffentlicher Träger der Jugendhilfe hat mit den freien Trägern der Jugendhilfe Vereinbarungen nach §§ 8a und 72a SGB VIII zu treffen, welche dem Schutzauftrag dienen. Die Entwicklung von Schutzkonzepten gegen sexuelle Gewalt sind ein Zeichen von Offenheit und Qualität in der Kinder- und Jugendarbeit.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen Informationen und Hinweise zur Umsetzung geben. Außerdem wollen wir unterstreichen, wie wichtig es für alle Beteiligten in der Kinder- und Jugendarbeit ist, stets ein offenes und wachsames Auge auf den Kinderschutz zu haben. Schauen Sie nicht weg, wenn das Wohl eines Kindes oder eines Jugendlichen gefährdet ist, sondern handeln Sie verantwortungsvoll.

Ihre

Marion Dammann

Landrätin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Umsetzung im Landkreis Lörrach.....	5
2. Um was geht's im § 8a SGB VIII „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“?	7
2.1. Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Rahmen hauptamtlicher Tätigkeit	8
2.2. Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit	10
2.3. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner beim Jugendamt	10
3. Um was geht's im § 72a SGB VIII „Tätigkeitsausschluss für einschlägig vorbestrafte Personen“?.....	11
3.1. Was regelt der § 72a SGB VIII?.....	11
3.2. Wer ist Träger der freien Jugendhilfe?	12
3.3. Welche Personen und Tätigkeiten betrifft der § 72a SGB VIII?	13
3.4. Datenschutz im § 72a SGB VIII	15
4. Abschließende Bemerkungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	16
Anhang.....	17
Quellenangaben	18

1. Umsetzung im Landkreis Lörrach

Der Gesetzgeber hat dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe auferlegt, mit den Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen abzuschließen. Der Landkreis Lörrach hat entschieden, in die Vereinbarung sowohl die Bestimmung des § 8a SGB VIII „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“ als auch die Bestimmungen des § 72a SGB VIII „Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen“ aufzunehmen.

Die Bestimmungen des § 8a SGB VIII gelten, wenn bei dem Träger Fachkräfte hauptamtlich beschäftigt sind, wohingegen die Bestimmungen des § 72a SGB VIII für alle Träger gelten, bei welchen Personen haupt-, neben- oder ehrenamtlich tätig sind.

Bei Trägern, bei welchen Personen neben- oder ehrenamtlich tätig sind, soll dies in folgender Weise umgesetzt werden:

Schritt 1

Sie, als freier Träger der Jugendhilfe bzw. als ein in der Jugendarbeit tätiger Verein/Verband (im Folgenden Verein genannt), schließen mit dem Jugendamt des Landkreises Lörrach eine Vereinbarung zum Schutzauftrag der Jugendhilfe in Anwendung des § 72 a SGB VIII ab (**siehe Anlage 1**).

Schritt 2

Prüfen Sie in Ihrem Verein, ob für Ihr Kinder- und Jugendangebot die Einsichtnahme in ein erweitertes Führungszeugnis der ehren- oder nebenamtlich tätigen Personen erforderlich ist (**siehe Anlage 2 - 4**).

Schritt 3

Nach Feststellung der Tätigkeiten, die die Einsichtnahme in ein erweitertes Führungszeugnis erfordern, bitten Sie die entsprechenden ehren- oder nebenamtlich tätigen Personen, dieses bei der zuständigen Meldebehörde (Bürgerbüro) zu beantragen.

Sie als Verein müssen hierzu die ehrenamtliche Tätigkeit bestätigen, damit das erweiterte Führungszeugnis gebührenfrei ausgestellt werden kann (**siehe Anlage 8**).

Schritt 4

Nachdem die ehren- oder nebenamtlich tätige Person das erweiterte Führungszeugnis erhalten hat, legt diese bei Ihnen das erweiterte Führungszeugnis zur Einsichtnahme vor. Die Einsichtnahme in das Führungszeugnis ist von Ihnen entsprechend zu dokumentieren (**siehe Anlage 5**). Es darf nicht einbehalten werden, sondern muss im Besitz der ehrenamtlichen Person bleiben.

Folgendes muss bei der Dokumentation beachtet werden:

- a) Das erweiterte Führungszeugnis darf bei der Einsichtnahme nicht älter als drei Monate sein.
- b) Spätestens nach fünf Jahren ist ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis vorzulegen.
- c) Nach Beendigung einer entsprechenden Tätigkeit sind die Daten spätestens nach drei Monaten aus der Dokumentation zu löschen.

Schritt 5

Es ist möglich, dass sich Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit spontan und kurzfristig ergeben. Da die Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses in der Regel einige Wochen dauern kann, sollte im Vorfeld der Maßnahme zumindest eine Selbstverpflichtungserklärung von der ehren- oder nebenamtlichen Person abgegeben werden (**siehe Anlage 6**).

2. Um was geht's im § 8a SGB VIII „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“?

Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen, ist eines der Ziele, die der Gesetzgeber der „Jugendhilfe“ mit auf den Weg gibt. Der § 8a SGB VIII regelt Verfahrensabläufe für die Träger der Jugendhilfe (öffentliche wie freie) bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen.

Der Bundesgerichtshof definiert den Begriff der **Kindeswohlgefährdung** folgendermaßen:

Die Befriedigung der körperlichen, seelischen, geistigen oder erzieherischen Bedürfnisse des Kindes muss soweit defizitär sein, dass sich bei einer weiteren Entwicklung eine Schädigung der Kinder mit ziemlicher Sicherheit voraussagen lässt.

Der § 8a SGB VIII verpflichtet das Jugendamt (hier: Sachgebiet Soziale Dienste, Sachgebiet Psychologische Beratungsstelle, Sachgebiet Kreisjugendreferat), wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden, das Gefährdungsrisiko abzuschätzen, die Personensorgeberechtigten sowie das Kind einzubeziehen, geeignete Hilfen zur Abwendung der Gefährdung anzubieten, ggf. das Familiengericht anzurufen oder den jungen Menschen in Obhut zu nehmen.

Derselbe Paragraph ist jedoch auch eine Verfahrensvorschrift, die das Jugendamt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung verpflichtet, mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, verbindliche Regelungen zur Ausgestaltung dieses Schutzauftrages zu treffen.

2.1. Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Rahmen hauptamtlicher Tätigkeit

Die Träger werden aufgefordert, die Lebenslagen von Kindern aufmerksam und bewusst wahrzunehmen und möglichen Gefährdungen frühzeitig im Rahmen der Mittel und Möglichkeiten des eigenen Auftrages zu begegnen und gegebenenfalls das Jugendamt – Sachgebiet Soziale Dienste zu informieren.

Nachfolgend wird das Verfahren, in Fragen des Schutzes vor Kindeswohlgefährdungen insbesondere Regelungen zur Einschätzung des Gefährdungsrisikos, beschrieben:

1. Schritt:

Liegen gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohl eines Kindes oder Jugendlichen vor, müssen die Träger der freien Jugendhilfe eine anonymisierte Beratung bei einer insoweit erfahrenen Fachkraft (ieF) zur Einschätzung des Gefährdungsrisikos erhalten. Kleine Träger können falls erforderlich auch eine ieF eines anderen Trägers hinzuziehen (siehe Anlage 10).

2. Schritt:

Bei der Einschätzung des Gefährdungsrisikos soll das Kind oder der/die Jugendliche mit einbezogen werden. Ebenfalls einbezogen werden die Erziehungsberechtigten, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes/Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

3. Schritt:

Der Träger wirkt bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hin, welche geeignet sind die Gefährdung abzuwenden. Das bedeutet für den Träger:

- eigene Ressourcen zur Abwendung der Gefährdung einsetzen
- auf andere frei zugängliche Hilfen hinweisen, bzw. diese zu vermitteln
- darauf hinwirken, dass verbindliche Absprachen mit den Erziehungsberechtigten über die Inanspruchnahme dieser Hilfen getroffen werden, diese dokumentieren und überprüfen
- ggf. die Unterstützung der Erziehungsberechtigten bei der Kontaktaufnahme zum Fachbereich Jugend & Familie

4. Schritt:

Der Träger informiert den Fachbereich Jugend & Familie über die Gefährdungseinschätzung und über seine Bemühungen zur Gefährdungsabwendung, wenn das Hilfeangebot nicht oder nicht im erforderlichen Umfang in Anspruch genommen wird oder nicht ausreicht. Die Information erfolgt auch dann, wenn sich der Träger keine Gewissheit verschaffen kann, ob durch die mit den Erziehungsberechtigten vereinbarten Hilfen der Kindeswohlgefährdung begegnet werden kann. Die Eltern bzw. das Kind oder der/die Jugendliche werden bei der Beratung über diese Informationspflicht hingewiesen. Wenn möglich erfolgt ein Gespräch aller Beteiligten, um Transparenz für die Betroffenen herzustellen. Dabei sollten auch die jeweiligen Verantwortlichkeiten dokumentiert werden.

2.2. Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit

Im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. bei einer Gruppenstunde, einer Ferienfreizeit) kann der Verdacht entstehen, dass bei einem Kind oder Jugendlichen eine Kindeswohlgefährdung vorliegen könnte. Ebenfalls ist es möglich, dass ein Kind bzw. ein*e Jugendliche*r etwas erzählt, was auf eine Kindeswohlgefährdung hinweist.

Wir empfehlen, insbesondere bei dringender Gefahr für Leib, Leben und Freiheit des Kindes, die von Personen aus dem Lebensumfeld des Kindes ausgeht, unverzüglich die Polizei und / oder das Jugendamt - Sachgebiet Soziale Dienste im Fachbereich Jugend & Familie zu informieren. Diese Information kann auch anonym erfolgen.

Im Falle eines Verdachtes oder unklarer Äußerungen von Kindern und Jugendlichen, die keine eindeutige Entscheidung für eine dringende Gefährdung zulassen, kann man sich für eine Beratung an die insoweit erfahrenen Fachkräfte (siehe Anlage 10) wenden.

2.3. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner beim Jugendamt

Die Kontaktdaten der Sozialen Dienste mit Ansprechpersonen und Bezirkseinteilung finden Sie im Internet unter:

www.loerrach-landkreis.de > „Beratung und Angebote“ > „Jugend & Familie“ > Direkt zu: „Fachbereich Jugend & Familie“ > „Soziale Dienste“

3. Um was geht's im § 72a SGB VIII „Tätigkeitsausschluss für einschlägig vorbestrafte Personen“?

Mit der Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes wurde auch der § 72a im SGB VIII verändert, um den Schutz der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Jugendhilfe zu erhöhen und um zu verhindern, dass in der Kinder- und Jugendhilfe Personen tätig sind, die einschlägig vorbestraft sind.

Darüber hinaus verpflichtet der § 72a SGB VIII den Träger der öffentlichen Jugendhilfe (das Jugendamt) mit Trägern der freien Jugendhilfe (Vereine, Verbände,...) Vereinbarungen zu schließen, die verhindern sollen, dass einschlägig vorbestrafte Personen weder hauptberuflich, noch nebenberuflich oder ehrenamtlich tätig sind.

3.1. Was regelt der § 72a SGB VIII?

Der Paragraph regelt den „Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen“ in der Kinder- und Jugendhilfe. D.h., wenn eine Person nach den im § 72a Absatz 1 SGB VIII benannten Straftatbeständen rechtskräftig verurteilt ist, darf sie keine haupt-, neben- oder ehrenamtliche Tätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe ausüben. Dazu sollen sich die Träger bei der Einstellung oder Vermittlung, sowie in regelmäßigen Abständen ein sogenanntes erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen lassen.

Um diese Regelung für alle Träger der Jugendhilfe (öffentliche wie freie) umzusetzen, verpflichtet der Gesetzgeber im § 72a SGB VIII in den Absätzen 2 und 4 die Träger der öffentlichen Jugendhilfe (die Jugendämter) Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe abzuschließen.

In Absatz 5 des § 72a SGB VIII wird der Datenschutz für die Vorlage und Einsichtnahme in die erweiterten Führungszeugnisse bei neben- und ehrenamtlich Tätigen geregelt.

3.2. Wer ist Träger der freien Jugendhilfe?

Da eine abschließende gesetzliche Definition von Trägern der freien Jugendhilfe fehlt, gehören alle Vereine, Verbände, Vereinigungen, Initiativen, ... die Angebote im Rahmen der Jugendhilfe anbieten zu den „freien Trägern der Jugendhilfe“. Dabei ist es unerheblich, ob die Träger als „freier Träger“ anerkannt sind oder nicht, ebenso, ob sie finanziell gefördert werden oder nicht.

Zu den Angeboten im Rahmen der Jugendhilfe zählen alle Leistungen, die das SGB VIII vorsieht, also Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, der erzieherische Kinder- und Jugendschutz, sowie die Hilfen zur Erziehung.

Das heißt, grundsätzlich sind auch die Träger von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, wie auch Sportvereine betroffen. Unterschieden werden vier Bereiche der Jugendverbände:

- Fach- und sachbezogene Verbände, wie z.B. Freizeit-Sport- und Naturschutzverbände,
- Hilfsorganisationen wie z.B. DLRG-Jugend, Jugend des Deutschen Roten Kreuzes, freiwillige Jugendfeuerwehr,
- weltanschaulich orientierte Verbände, wie z.B. SJD Die Falken, Gewerkschaftsjugend,
- konfessionell-kirchlich gebundene Verbände, wie z.B. kath. und evang. Jugend, Pfadfinder, etc.

3.3. Welche Personen und Tätigkeiten betrifft der § 72a SGB VIII?

Die Pflicht, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis nach den §§ 30 und 30a des Bundeszentralregisters (BZGR) vorzulegen, betrifft generell alle hauptamtlich Tätigen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Bei neben- oder ehrenamtlich Tätigen gilt die Vorlagepflicht nicht generell, sondern nur, wenn sie im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe **„Kinder oder Jugendliche beaufsichtigen, betreuen, erziehen oder ausbilden oder einen vergleichbaren Kontakt haben.“** Die Tätigkeiten und Aufgaben wiederum müssen **„aufgrund von Art, Intensität und Dauer“** geeignet sein, dass die Personen die Möglichkeit haben, zu den Kindern und Jugendlichen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.

Die inhaltliche Bewertung der **Begriffe „Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung, Ausbildung und vergleichbarer Kontakt“** umfasst verschiedene Situationen und reicht von das Kind/den Jugendlichen vor Selbst- und Fremd Gefährdungen schützen (beaufsichtigen), über sich mit dem Kind/Jugendlichen „beschäftigen“ (betreuen), bis zu der Förderung von eigenverantwortlichem Handeln und sozialem Lernen sowie Wertevermittlung (Erziehung), oder der Vermittlung von Wissen im Sinne von ausbilden. Bei der Bewertung der **„vergleichbaren Kontakte“** spielt besonders ein mögliches Hierarchieverhältnis zwischen der ehrenamtlich tätigen Person und dem Kind oder Jugendlichen eine Rolle.

Die Kontakte zu Kindern und Jugendlichen müssen geeignet sein, ein (besonderes) Vertrauensverhältnis zu diesen aufbauen zu können. Das bedeutet, dass der Fokus nicht allein auf Tätigkeiten im Rahmen von pädagogischen Maßnahmen zu richten ist, sondern auch auf sonstige Tätigkeiten im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe.

Bei der Prüfung, für welche Tätigkeiten ein Führungszeugnis vorgelegt werden soll, sollen laut Gesetz die **Art, Intensität und Dauer** der Kontakte berücksichtigt werden.

Art:

Bei der Art der Tätigkeit ist zu prüfen, ob sie geeignet ist, ein (besonderes) Vertrauensverhältnis zu Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Dazu ist in der Regel ein direkter Kontakt zu bestimmten (nicht immer wieder verschiedenen) Kindern und Jugendlichen notwendig.

Intensität:

Der durch die Tätigkeit erzeugte Kontakt muss geeignet sein, vertrauliche Situationen zu ermöglichen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, ob sich durch den Kontakt ein Abhängigkeits- oder Machtverhältnis ergeben kann, welches die Basis für sexuelle oder andere Übergriffe sein kann. Hier spielt auch der Altersunterschied zwischen der neben- oder ehrenamtlichen Person und den Kindern / Jugendlichen eine Rolle.

Dauer:

Bei der Dauer ist sowohl der zeitliche Umfang von einzelnen Tätigkeiten als auch eine Regelmäßigkeit bzw. Wiederholung gemeint.

3.4. Datenschutz im § 72a SGB VIII

In Absatz 5 des § 72a SGB VIII wird geregelt, wie mit den verlangten Führungszeugnissen umzugehen ist. Die Träger der öffentlichen und freien Träger dürfen das Führungszeugnis lediglich einsehen und nicht behalten, zumindest bei neben- und ehrenamtlich Tätigen. Dokumentiert werden darf der Name der Person, das Ausstellungsdatum des Führungszeugnisses und das Datum der Vorlage des Führungszeugnisses.

Wird bei der Einsichtnahme in das Führungszeugnis eine Verurteilung wegen einer Straftat nach § 72 Abs. 1 SGB VIII festgestellt, hat dies einen Tätigkeitsausschluss der betreffenden Person für die Kinder- und Jugendhilfe zur Folge.

Bei einer Nicht-Beschäftigung der Person sind die Daten der Einsichtnahme unverzüglich wieder zu löschen, da keine Daten von Personen gespeichert werden dürfen, die nicht beschäftigt sind.

Daher ist die Dokumentationsliste als „Positiv-Liste“ zu verstehen: Es stehen nur Namen von Personen auf der Liste, die eine Tätigkeit ausüben dürfen. Personen, deren Name nicht auf der Liste zu finden ist, haben entweder noch kein Führungszeugnis vorgelegt oder sie sind einschlägig vorbestraft und dürfen in der Kinder- und Jugendhilfe nicht tätig sein.

Wenn eine Person die neben- oder ehrenamtliche Tätigkeit beendet, sind die Daten zu löschen.

4. Abschließende Bemerkungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Auch wenn dies im Gesetz nicht ausdrücklich benannt ist, so stellt die Vorlage eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses von in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Personen nur einen Aspekt für einen möglichst umfassenden Schutz von Kindern und Jugendlichen in den Angeboten der Kinder und Jugendhilfe dar.

Wichtig ist, dass sich die Träger der Jugendhilfe im Rahmen der Entwicklung eines Schutzkonzeptes damit auseinandersetzen, wie Kinder und Jugendliche in der jeweiligen Institution vor körperlicher, psychischer oder sexueller Gewalt geschützt werden können. Dazu bietet der Landkreis Lörrach Unterstützung zur Entwicklung eines Schutzkonzeptes in den entsprechenden Institutionen an. Es werden Schulungen, Seminare und Projekte angeboten. Mehr Informationen dazu finden Sie im Internet unter **www.loerrach-landkreis.de** oder **www.jugendagenturen.de**.

Anhang

Katalog der Straftatbestände nach § 72a SGB VIII:

- § 171 Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht
- § 174 Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen
- § 174a Sexueller Missbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken- und Hilfsbedürftigen in Einrichtungen
- § 174b Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung
- § 174c Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses
- §§ 176 bis 176b Tatbestände des sexuellen Missbrauchs von Kindern
- §§ 177 bis 179 Tatbestände der sexuellen Nötigung und des sexuellen Missbrauchs
- § 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger
- § 180a Ausbeutung von Prostituierten
- § 181a Zuhälterei
- § 182 Sexueller Missbrauch von Jugendlichen
- § 183 Exhibitionistische Handlungen
- § 183a Erregung öffentlichen Ärgernisses
- §§ 184 bis 184d Verbreitung pornografischer Schriften und Darbietungen
- §§ 184e bis 184g Ausübung verbotener und jugendgefährdender Prostitution
- §184i Sexuelle Belästigung
- §201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen
- § 225 Misshandlung von Schutzbefohlenen
- §§ 232 bis 233a Tatbestände des Menschenhandels
- § 234 Menschenraub
- § 235 Entziehung Minderjähriger
- § 236 Kinderhandel

Quellenangaben

- Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)
- Münder / Meysen / Trenczek (Hrsg.): Frankfurter Kommentar zum SGB VIII, 7. Auflage, 2013
- Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS): Arbeitshilfe zur Umsetzung des §72a Abs. 3 und 4 Sozialgesetzbuch VIII
- <http://www.kvjs.de/jugend/kinderschutz/schutzauftrag-materialpool.html>
- www.dejure.org

IMPRESSUM

Herausgeber: **Landratsamt Lörrach**
Fachbereich Jugend und Familie
Sachgebiet Kreisjugendreferat
Gisela Schleidt
Luisenstr.35
79539 Lörrach
Telefon: 07621 410 5290
E-Mail: gisela.schleidt@loerrach-landkreis.de

Redaktion: Gisela Schleidt, Sarah Fräulin
Fachbereich Jugend & Familie

3. überarbeitete Auflage, Stand Februar 2018

www.loerrach-landkreis.de